

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Heftungsblatt für den Oberamtsbezirk N. 1. 10 und Altensitz-Stadt. 11. 3. 1921. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochensatz 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.00 Mark. Die Ausgabe kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Die Übersetzung der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung behält sein Recht auf die Zeitung. - Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 299

Altensitz, Mittwoch den 22. Dezember

1926

Der Mörder Kouzier freigesprochen!

Prozess Kouzier

Landau, 20. Dez. Einen Höhepunkt erreichte die Verhandlung im Fall Kouzier bei der Vernehmung der Zeugin Sonder, die unmittelbar hinter Müller und Kouzier am Fenster stand. Sie sagte: Müller näherte sich Kouzier, der zweimal rief: „Kaput, kaput, eins, zwei, darauf zwei Schüsse trachten. Müller sank hin, und fiel zur Seite. In seinem Augenblick hatte Müller Zeit genug, um ihm einen Faustschlag zu versetzen zu können. Nach den Aussagen der Zeugin Sonder wiederholte Kouzier in erstem Ton seine früheren Aussagen, daß er in Notwehr gehandelt und erst im letzten Augenblick geschossen habe. Darauf gab die französische Verteidigung ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß erst im Gerichtsjaal wichtige Tatsachen auftreten, die dem Anklagegelehrten nicht bekannt gewesen seien. Die weiteren Aussagen beruhten von einer Reihe von Zwischenfällen, in die Kouzier verwickelt war. In allen diesen Fällen wurden entsprechende Leute von Kouzier angerempelt oder geschlagen. Die Vogelmutter stellte ihm ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Er habe niemand im Hause gerührt, mit den Türen geschlagen und nachts Besuche leichtfertiger Frauen erhalten. Während von französischer Seite durch einen französischen Sicherheitsbeamten schlechte Zeugnisse über Matthes, Müller und Fehler beigebracht wurden, ergab die Vernehmung der übrigen Zeugnisszeugen, daß Matthes und Müller rubiae und arbeitsame junge Leute gewesen sind.

Der französische Militärstaatsanwalt hat am Schluß seiner Anklagerede gegen Leutnant Kouzier eine Strafe von 1 Jahr Gefängnis beantragt. Bezüglich der angeklagten Deutschen stellte er die Strafbemessung dem Gericht anheim, empfahl jedoch, diejenigen Angeklagten, die sich ins unbesetzte Gebiet gelüftet hätten und nicht erschienen seien, schwerer zu bestrafen, als die anderen. Der Hauptteil des Plädoyers des französischen Militärstaatsanwaltes war der Angelegenheit Kouzier gewidmet und enthielt eine erschöpfende und harte Beurteilung des Verhaltens dieses Offiziers. Auch der Tod Müllers stehe in offenbarem Mißverhältnis zu dem, was Müller getan habe, wobei der Staatsanwalt als erwiesen annimmt, daß Müller Kouzier einen Faustschlag versetzt habe. Alle Umstände seien jedenfalls so, daß weder de facto noch de jure von Notwehr gesprochen werden könne. Allerdings fänden die Tatsachen Kouzier eine weitgehende Entschuldigung durch die Veranlassungen, deren Ziel er gewesen sei.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führte der deutsche Rechtsanwält Dr. Grimm u. a. aus: Der Kernpunkt sei, daß Matthes ebenso wie Müller dem Kouzier folgten, nicht um ihn anzugreifen, sondern um ihn, da er auf frischer Tat ertappt worden war, festhalten zu lassen. Es sei ein Gesetz bei allen zivilisierten Völkern, daß jeder, der auf frischer Tat bei einer strafbaren Handlung ertappt werde, von irgend einer Zivilperson, selbst mit Gewalt festgehalten werden könne, wenn es nötig sei, seinen Widerstand zu brechen. Die Ausführungen des Anklagegelehrten über die Vernehmung der Notwehr waren getragen von dem hohen Geist der Objektivität. Gerade deswegen war ich aber bestoßen über den Strafentwurf: 1 Jahr Gefängnis! Ein Jahr Gefängnis für einen vorläufigen Zeitschank! Man hat hier von Locarno gesprochen. Das deutsche Volk ist zur Annäherung bereit. Wir wollen Frieden nach allem Elend des Krieges, wir sind keine händelsüchtige Nation, wir sind keine Nationalisten und keine Bande Matthes, wir wünschen Frieden, aber wir haben auch unsere Würde. Man hat in Germersheim 1926 bayerische Fahnen und die offizielle deutsche Reichsflagge besudelt, man hat uns keine Genugtuung gegeben. Wiederholen Sie nicht denselben Fehler! Ein solches Urteil wäre eine Provokation! — Der erste Verteidiger Kouziers kam mit der Notwehrthese und erklärte, daß Kouzier freigesprochen werden müsse.

Kouzier freigesprochen

Die deutschen Angeklagten verurteilt

Landau, 21. Dez. Um 6 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Um 7,15 Uhr erschien er wieder in dem Saal und verkündete folgendes Urteil: Leutnant Kouzier wird von allen Punkten der Anklage freigesprochen, Holzmann wegen beleidigender Haltung gegenüber einem Mitglied der Besatzung zu zwei Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt, Matthes wegen beleidigender Haltung und Beteiligung an den Vorgängen in Sondernheim zu 2 Jahren Gefängnis, Fehler wegen beleidigender Haltung und wegen Beteiligung an den Vorgängen im Cafe Engel zu 6 Monaten Gefängnis, Kögel wegen Beteiligung an den Vorgängen in Sondernheim zu 3 Monaten Gefängnis, Arbogast wegen der Germersheimer Vorgänge zu 6 Monaten Gefängnis, Kögler wegen Beteiligung an den Germersheimer Vorfällen zu 6 Monaten Gefängnis.

Dieses schmachliche Urteil ist ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Es zeigt, daß man trotz Locarno der Willkür des Befehlshabers preisgegeben ist und daß es höchste Zeit ist, daß dieses deutsche Boden räumt.

Die deutschen Pressevertreter in Landau an Briand

Landau, 21. Dez. Die anlässlich des Kouzierprozesses hier anwesenden deutschen Pressevertreter haben an den französischen Minister des Auswärtigen, Briand, folgendes Telegramm gerichtet:

„Die anlässlich des Kouzierprozesses in Landau anwesenden deutschen Pressevertreter protestieren als Augen- und Ohrenzeugen einmütig gegen das unerhörte Urteil des Kriegesgerichts des 32. Armeekorps. Der Freispruch Kouziers ist eine schwere Verletzung des Rechtsempfindens des deutschen Volkes und der gesamten zivilisierten Welt.“

Die deutschen Pressevertreter.

Die Berliner Blätter zu dem Landauer Urteil

Berlin, 22. Dez. „Der Spruch wird in Deutschland die Herzen vereinen“, so heißt es im „Volksanzeiger“ und so sind denn auch alle Berliner Zeitungen einig in der Empörung über das Urteil von Landau und in der Forderung: Fort mit der fremden Besatzung von deutschem Boden! Die „Deutsche Zeitung“ sagt: Das französische Kriegesgericht hat ein „Urteil“ gefällt, das dem Kriege dient. Die „Kreuzzeitung“ ruft aus: So sieht Locarno also in der Praxis aus. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: Wir werden das Urteil von Landau nicht verzeihen, wenn man uns wieder von französischer Seite mit Verprechungen irren zu führen sucht. Auch dieser Geist ist eine Realität, an der wir jedenfalls nicht vorübergehen werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Dieses Urteil ist ein hässlicher Hohn auf das Rechtsempfinden aller Menschen. Die „Tägliche Rundschau“ betont: Eine schlimmere Sabotage der Politik Briands konnte wohl in diesem Augenblicke nicht erdacht werden. Aus dem ganzen ergibt sich ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der fremden Besatzung auf deutschem Boden. Wir sind weit davon entfernt, so wird in der „Germania“ ausgeführt, für die Untat von Landau die französische Staatsleitung verantwortlich zu machen, aber wir möchten sie doch darauf aufmerksam machen, daß eine wirkliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich eintritt, wenn die Ungleichheit lokaler Instanzen sich ungehemmt ausbreiten kann. Das gibt auch in Frankreich einen Instanzenzweck. Im Interesse der Ausübung zwischen Deutschland und Frankreich wünschen wir, daß der Justizfrevel in Landau in einer Weise geahndet wird, die der berechtigten Empörung in Deutschland Rechnung trägt. Die „Vossische Zeitung“ schließt ihre Ausführungen mit den Worten: Die Räumung deutschen Gebietes darf nach dem Urteil von Landau auch nicht eine Stunde mehr von täglichen Arbeitspläne der deutschen Regierung verschwinden. Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Die Bemühungen der Diplomaten müssen fruchtlos bleiben, wenn man es Offizieren, die sich als Eroberer fühlen, überläßt, ihre Politik zu durchkreuzen. Der „Vorwärts“ zieht aus den Vorfällen von Germersheim und dem Urteil von Landau folgende Lehre: Solange die Besetzung andauert, solange wird man die Gefahr laufen, daß ähnliche Kriegesgerichtsentscheidungen die Klust zwischen beiden Völkern immer wieder vertiefen, die die große Mehrheit auf beiden Seiten zu überbrücken bedürftig ist. Die „Rote Fahne“ nennt den Landauer Spruch ein Klassenurteil, gegen das mit den deutschen Kommunisten die französischen Kommunisten den schärfsten Protest erheben werden.

Wie sieht die kommende Regierung aus?

Unter der Überschrift: Wie sieht die kommende Regierung aus? schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a.: Der Reichstag stürzt die Regierung und geht eine halbe Stunde später für fünf Wochen in die Weihnachtssferien. Die Tatsache ist ein Symbol. Mit Leichtigkeit finden sich die Parteien zum einmütigen negativen Tun zusammen. Wenn es aber gilt, aufzubauen und ein Neues an die Stelle des Gestürzten zu setzen, dann ist guter Rat teuer, und die Volkswertreter stehen es vor, zunächst einmal den Staub der Reichshauptstadt von den Füßen zu schütteln. Wenn sie nach fünf Wochen wieder kommen, sind sie so klug als wie zuvor. Nachdem das Blatt den einzelnen Parteien ihre Fehler sehr eindringlich vor Augen geführt hat, schreibt es weiter: Blickt man in die Zukunft, so muß man sagen, daß die Lösung der Krise nicht einfach sein wird. Das Weiterbestehen einer Minderheitsregierung widerspricht zweifellos dem parlamentarischen System, wenn auch nicht behauptet werden kann, daß am Ende der Krise nicht ungefähr das gleiche Kabinett stehen wird. Es ist eine eigenartige Entdeckung, daß das Regieren mit wechselnden Mehrheiten genau die Methode ist, mit der in Deutschland vor dem Umsturz innere Politik gemacht wurde, jedoch die Zweifel an der Eignung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Gestalt für das deutsche Volk immer mehr wachsen werden. Ein Kabinett der Weimarer Koalition ist äußerst unwahrscheinlich, nicht nur weil es gleichfalls keine Mehrheit hätte, sondern weil auch die

Deutsche Volkspartei einem solchen Man mit vollem Recht den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird, weil sie, wie wir annehmen, den Versuch, sie aus der verantwortlichen Reichspolitik auszuschalten, in seiner ganzen Gefährlichkeit erkannt hat. Die Große Koalition mit der Sozialdemokratie ist von dieser Partei unmöglich gemacht worden. Einem Kabinett mit den Deutschnationalen vermag sich bislang das Zentrum, dessen Gewerkschaftsflügel die Taktik in sehr bemerkenswerter Weise gemocht hat. Ob diese Stimmungsänderung die Gürtung in der Zentrumsarbeiterschaft beschwichtigen kann, bleibe dahingestellt. Das Zentrum trägt jedenfalls die volle Verantwortung für Gelingen oder Scheitern einer Rechtskoalition. Was übrigens das Wort vom „Bürgerkriegsblut“ betrifft, das Herr Dr. Birtz in die Debatte geworfen hat, so dürfte es genügen, an die sozialpolitische Tätigkeit des ersten Kabinetts Luther zu erinnern, um dieses Schreckgespenst zu verscheuchen. Es wird nachgerade zum großen Unfug, daß behauptet wird, die Arbeiterchaft werde dem Staat entfremdet, wenn keine sozialdemokratischen Minister in der Regierung sitzen. Die Sozialdemokratie hat, wie jede andere politische Partei, das Recht und die Pflicht, zu Zeiten in der Regierung, zu Zeiten in der Opposition zu sein. Der Zusammenschluß der Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten würde eine stabile, sichere Regierung auf lange hinaus ermöglichen. Wir sind aber durchaus der Meinung, daß das Zentrum mit denselben Bindungen in eine solche Regierung gehen müßte wie die anderen Parteien. Auch die wohlwollende Neutralität, die Fehrenbach gegenüber dem ersten Kabinett Luther für seine Partei ankündigte, wäre in diesem Falle nicht zulässig. Das Zentrum muß ganz klar vor die Verantwortung gestellt werden, ob es eine Mehrheitsbildung nach rechts ermöglichen will oder nicht, ob es ein Zusammengehen mit der Rechten grundsätzlich und ein für allemal ablehnt und daher als unverrückbares Dogma verkündet, daß die Mitte unter allen Umständen mit der Linken gehen muß.

Stresemann über Genf

Hamburg, 21. Dez. Im großen Festsaal des Rathauses gab der Senat anlässlich des Besuches des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ein Essen, an dem außer führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft das gesamte Konsularcorps in Hamburg teilnahmen. Nach Begrüßungsworten von Dr. Peterßen verlich der belgische Generalkonsul Moutaert im Namen des gesamten Konsularcorps der Freude darüber Ausdruck, daß es Gelegenheit gehabt habe, Reichsminister Dr. Stresemann persönlich kennen zu lernen. Hierauf ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort: Trotz der scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen darf ich das eine mit Genugtuung feststellen, daß Schwankungen innerpolitischer Art am Kurs der deutschen Außenpolitik nichts ändern werden, die sich heute auf die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen vermag. Zu dem Ergebnis der letzten Genfer Tagung übergehend, sagte Dr. Stresemann: Dieses Ergebnis bedeutet einen Schritt vorwärts auf unserem Wege. Es ist dort gelungen, eine grundsätzliche Regelung für zwei schwierige Fragen zu finden, die dem Fortschritt der politischen Entwicklung bisher im Wege standen. Es ist gelungen, für die Investitionsbefugnisse des Völkerbundes denjenigen festen Rahmen zu vereinbaren, der sich aus der gerechten Auslegung der Vertragsbestimmungen ergibt. Vom deutschen Standpunkt aus würden wir es als einen Fortschritt bezeichnen, daß dabei die Entwaffnungsaktion, für die ein näher Endtermin festgesetzt worden ist, nunmehr allseitig als durchgeführt anerkannt ist. Das ist eine wichtige Etappe, aber freilich doch nur eine Etappe, und ich will offen aussprechen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit bestehen zu lassen und dabei einem einzelnen Staat die volle Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einseitig zu kontrollieren. Diesen Zustand zu beseitigen, konnte sicherlich nicht Aufgabe der letzten Genfer Verhandlungen sein. Diese Aufgabe muß aber im Zusammenhang mit dem allgemeinen Abrüstungsproblem unbedingt gelöst werden. Wir befinden uns noch immer im ersten Anfangsstadium einer neuen europäischen Entwicklung und es ist gerade in diesem Stadium von Bedeutung, daß die leitenden Staatsmänner dem Vertrauen der Völker auf jene Entwicklung so oft als möglich durch sichtbare Ereignisse neue Nahrung geben. Das ist im Interesse aller beteiligten Länder in Genf geschehen. Zugleich ist mit den erzielten Ergebnissen aber der Weg frei gemacht für die praktische Annahmemaßnahme anderer außen-

politischer Probleme, die an Bedeutung die bisher gesetzten Fragen noch weit übertreffen.

Fransösishe Urteile über die Hamburger Rede Stresemanns Paris, 21. Dez. Zur Rede Stresemanns in Hamburg haben Journalisten „Echo de Paris“ wie „Deuxieme“ hervor, daß Stresemann die deutsche Entlassung als das Vorbild für die allgemeine Entlassung bezeichnet habe. Während „Echo de Paris“ als nationalstiftliches Organ diesen Gedanken ablehnt, unterstreicht „Deuxieme“, daß darin keinerlei Grund zu einem Tadel gegenüber Stresemann liegen könne. Diese Art sei die einzig mögliche, um die Entlassung jenseits des Rheins annehmbar zu machen. Im übrigen handle es sich ja bei diesen Auslassungen Stresemanns um eine Feststellung aus dem Friedensvertrag von Versailles.

Neues vom Tage

Deutsche im Internationalen Arbeitsamt

Berlin, 21. Dez. Ueber das Ergebnis der Berliner Besprechungen des Vorsitzenden des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, hört man: Der Zweck der Verhandlungen, Deutschland einen seiner Bedeutung entsprechenden Anteil an der Stellensetzung des Internationalen Arbeitsamtes zu sichern, ist dadurch erreicht worden, daß außer den bereits besetzten Abteilungsstellen eine dritte von Deutschland besetzt wird, die der Ministerialrat Dr. Berger vom Reichsarbeitsministerium übernehmen wird. Außerdem sind zwei Beamtenstellen der Gruppe A zur Verfügung gestellt worden, die mit zwei Oberregierungsräten, Kuttig und Motare, besetzt werden. Der Amtsantritt geschieht zum 1. Januar 1927. Deutschland ist alsdann mit drei Sektionschefs, drei Beamten der Gruppe A und vier Beamten der Gruppe B, sowie einer Reihe von Hilfskräften, Sekretären usw. im Internationalen Arbeitsamt in Genf vertreten.

Das deutsche Eigentum in Mozambique

Berlin, 21. Dez. Die portugiesische Regierung hat das deutsche Eigentum in Mozambique im Werte von 1 Million Pfund Sterling freigegeben, soweit es nicht schon verkauft ist. Dies ist aber nur für den kleineren Teil der Fall. Die Inhaber schon verkaufter Werte erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe der Finanzlage Portugals. Die Stadt Carlolama in Columbia durch Erdbeben zerstört Guanaquil (Ecuador), 21. Dez. Nach Meldungen von der Grenze von Columbia ist die Stadt Carlolama in Columbia durch ein Erdbeben zerstört worden. Man glaubt, daß der Vulkan Cumbal sich in Tätigkeit befindet. In Tulcan (Ecuador), 96 Meilen nordöstlich von Quito, wurden mehrere starke Erdstöße wahrgenommen. Ein Telegramm meldet, daß in der Gegend des Vulkans Cumbal aber keine Opfer an Menschenleben zu beklagen sind.

Die Regierungsumbildung in Belgrad

Belgrad, 21. Dez. Unanimisch hat den Auftrag, die Regierung zu bilden, zurückgegeben. Man nimmt an, daß Marko Trifunowitsch betraut wird.

Der bayerische Ministerpräsident über die Regierungskrise

München, 21. Dez. In freier Sitzung führte Ministerpräsident Dr. Held über die politische Lage u. a. aus: Eine Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie trage den Todesseim in sich. In der Ausschaltung der Sozialdemokraten liege aber andererseits eine Gefahrenquelle, weil eine große Partei von der Verantwortung nicht entbunden werden sollte. Die Bayerische Volkspartei und das Zentrum könnten bei der Regierungsbildung eine ausschlaggebende Rolle spielen und es würde ein besonderer Ruhm für die Bayerische Volkspartei sein, wenn gerade sie fördernd zur Regierungsbildung beitragen würde.

Verfassungsänderung in Thüringen

Weimar, 21. Dez. Der Landtag von Thüringen nahm in seiner heutigen Sondersitzung den Gesetzentwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschvölkischen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten an. Danach soll die Zahl der Abgeordneten auf 53 verringert werden. Zur Erlangung eines Abgeordnetensitzes sind 15 000 (bisher 12 000) Stimmen erforderlich.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 22. Dezember 1926.

Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule. Nachdem die Sonntagsschüler schon am letzten Sonntagabend ihre übliche Weihnachtsfeier in der Kirche hatten, fand am gestrigen Thomasfeiertagabend im Saal des Gemeindehauses die Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule statt, welche diesmal insofern besondere Bedeutung hatte, als das 50 jährige Jubiläum der Kinderschule mitgefeiert wurde. Diefem Ereignis wurde von Stadtschultheiß Witzgenmaier in einer Ansprache besonders gedacht und von ihm das Entstehen der Kinderschule (zuerst war sie in Räumen des Rathauses untergebracht) und die Entwicklung derselben geschildert. Auch die Mitwirkung der Stadtkapelle und der Schulklassen der Hauptlehrers Doppel ist wohl dem Jubiläum zuzuschreiben. Die Eltern der Kinder und sonstige Gäste waren zahlreich vertreten und so der Saal dicht gefüllt. Die Vorträge der Kinder und ihre Gesänge waren wieder allerliebst und zeigten, daß die Darbietungen der Kinderschüler selbst ihnen und den Gästen doch die größte Freude machen. Groß war der Jubel, als die Bescherung nach Beendigung des diesmal sehr ausgedehnten Programms endlich vor sich ging. Im Triumph ging es dann mit dem „Christkindle“ und den Eindrücken der Feier und im Ballgefühl ihrer Wichtigkeit an Hand der Erwachsenen nach Hause, um dort mit großer Freude die Herrlichkeiten der Weihnachtsbescherung auszukramen. Die Kinderschule hat sich überall als segensreiche Einrichtung erwiesen und gerne sei bei diesem Jubiläum der liebevollen und selbstlosen Tätigkeit der Kinderschwestern gedacht, die in den 50 Jahren ihre Kraft in stiller, geignetem Wirken den hiesigen Kindern widmeten.

Die Württembergische Landesparlamente hat uns die folgenden Mitteilungen über die Aufwertung der bei ihr bestehenden alten Sparanlagen zugehen lassen, die wir bei dem Interesse, das weiteste Kreise im ganzen Land hieran haben, gerne bekannt geben. Die Landesparlamente macht zunächst darauf aufmerksam, daß auch von ihr, wie von anderen Sparanstalten, Vorschüsse auf die Aufwertung ausbezahlt werden, und zwar an solche Einleger, bei denen eine besondere Bedürftigkeit oder Notlage vorliegt; an Einleger, die über 65 Jahre alt sind, werden Vorschüsse gewährt, auch wenn eine besondere Notlage nicht datgetan wird. Die Vorschüsse richten sich nach der Höhe der in Goldmark berechneten Einlage-Guthaben und sollen in der Regel bei den einzelnen Einleger über 100 Reichsmark nicht hinausgehen. Die aufzuwertenden Guthaben sind seit kurzem festgestellt; es sind nahezu 350 000 Posten mit rund 184 Millionen Goldmark, einer Summe, die von keiner anderen württembergischen Sparanstalt auch nur annähernd erreicht wird. Dagegen wird es noch einige Zeit anstehen, bis die Aufwertungsmasse endgültig festgestellt ist. Es handelt sich etwa um 5000 Aufwertungshypotheken; bei einer

ansehnlichen Zahl ist infolge erhobener Einsprüche die Aufwertung noch ganz oder teilweise in Zweifel gestellt. Besonders schwierig gestaltet sich aber die Aufwertung der vielen, zum Teil sehr bedeutenden Darlehensforderungen an die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften. Der größte Teil dieser Darlehen ist zur Zeit der vorgeschrittenen Inflation mit Zahlungen, die nur einen geringen Goldmarkwert hatten, getilgt worden. Der Schutz des Gläubigers, der für die Hypothekenaufwertung in der Rückwirkung bis 15. Juni 1922 und in der Ungültigkeit früher geschlossener Vergleiche gesetzlich vorgesehen ist, ist bedauerlicherweise im Anleihe-Ablösungsgesetz weggeblieben. So ist die Landesparlamente bei den meisten Gemeindedarlehen auf freiwillige Aufwertung angewiesen. Die moralische Verpflichtung hierzu ist schon von einer größeren Anzahl der schuldenreichen Gemeinden, Amtsdörperschaften und Kirchengemeinden anerkannt worden; viele halten aber noch zurück. — Bei dieser Sachlage ist es noch nicht möglich, den Prozentfuß für die Einlagenaufwertung festzusetzen. Immerhin läßt sich soviel sagen, daß der im Gesetz vorgesehene Mindestfuß von 12,5 Prozent erreicht wird, und daß die Sparkasse mit Hilfe der freiwilligen Zuschüsse, die sie aus den neuen Geschäftserträgen zum Aufwertungsfonds leistet, hinter den Ergebnissen der Mehrzahl der württembergischen Sparanstalten nicht zurückbleiben wird.

Stellenlose Angestellte für Postagenturstellen. Die bereits jahrelang bestehende Arbeitslosigkeit der Angestellten dauert unermindert an. 300 000 stellenlose Angestellte, darüber über 70 000 über 40 Jahre alte, versuchen vergeblich, wieder in Erwerb zu kommen. Die große Masse der Stellenlosen entfällt zwar auf die städtischen Bezirke, aber andererseits sind nicht weniger Stellenlose auch in den kleinsten Orten zu finden, weil auch hier mehr und mehr industrielle Unternehmen entstehen, bei denen ebenso wie in den Stadtbetrieben Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen nicht zu umgehen sind. Diese ländlichen erwerbslosen Angestellten befinden sich in einer besonders prekären Lage, weil für sie eine Aussicht, am Orte eine andere Stellung zu finden, kaum besteht, einem Ortswechsel aber durch die immer noch andauernde Wohnungsnot die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hat sich an den Reichspostminister mit der Bitte gewandt, auf die unterstellten Behörden dahin einzuwirken, daß bei der Besetzung freier Stellen oder neuergeöffneter Postagenturstellen Bewerberinnen stellenloser älterer Angestellter bevorzugte Berücksichtigung finden.

Wichtig für Anleihebesitzer. Der Württ. Späterbund e. V. Stuttgart schreibt uns: Wie bereits gemeldet, haben im Aufwertungsausschuß des Reichstages erneut Besprechungen über die Anleiheablösung stattgefunden. Insbesondere sind die Fälle behandelt worden, bei denen der Anleihebesitzer rechtzeitig angemeldet worden ist. Der Reichsfinanzminister hat sich bereit erklärt, seine Genehmigung zu einer nachträglichen Anmeldung in besonderen Fällen, wie Behinderung durch Krankheit, Geschäftsuntätigkeit bei alten Leuten usw., bis zum 31. Dezember 1926 zu gewähren. Wir bitten, solche Anmeldungen unverzüglich vorzunehmen an den Reichskommissar für die Abwicklung der Reichsanleihen alten Bestandes, Berlin, Alte Kalobstraße 117.

Erbauung, 20. Dez. (Vom Turnverein.) Am Sonntagabend fand im „Waldborn“ die Weihnachtsfeier des hiesigen Turnvereins statt, bei welcher die erfahrenen turnerischen Vorführungen seitens der Turner und Turnerinnen zeigten, daß die Turnerei hier fortgesetzt eine gute Pflege hat. Zur Aufführung kamen Jüngersgrubers „Heimgesunden“ und „D' Schatzgräber“, ein Stück voll köstlichen Humors, das Hauptlehrer Remminger, hier, zum

Du bist mein!

Roman von H. v. Erlin

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

1. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ich halte Ihnen meinen Besuch zugebacht, sobald ich von dem Besuch erfahren, der in Ihrem Leben eingetreten ist, liebe Angela. Ich darf Sie doch weiter so nennen?“

„Aber gewiß. Wie wollen Sie denn sonst mich nennen?“

Große Kinderaugen — Undinnenaugen, die Madeleine anschauen, in denen nichts vom Weibe stand, die wohl gewein hätten, doch denen die Tränen nur einen tieferen Glanz verliehen. Nichts Schmerzloschens, Gedrohenes, aber auch nichts größer Gewordenes, vom Schicksal zur Kraft Emporgehobenes — nicht Weib geworden, nicht Weib sich fühlend — Braut vom Uimenhofe.

Sie hatten beide aus dem Sofa Platz genommen und sprachen miteinander. Angelika mit dem aufgeregten Eifer derer, die Länge des Redens hatten entbehren müssen, Madeleine schwelgerisch, Angelika unausgesehrt beobachtend und immer wieder durch Fragen auf das zurückgreifend, von dem jene einmal auf schätliche Minuten die Gedanken abwenden sich sehnte, die traurigen Ereignisse der letzten Zeit, das trostlose Krankenzimmer, in das sie Tag um Tag das Lächeln, das Licht hineinbringen sollte, von dem sie selber doch um sich her nichts gespürte.

„Empfangt Ihr Gatte Besuche? Würden Sie mich mit ihm bekannt machen können, liebe Angela?“

„Ihr Gatte“ — sie hörte zunächst nur dieses eine Wort, und glühendes Rot überzog ihr Gesicht. Sie hatte das Wort den Namen nicht wieder gehört seit dem Tage, da der Geistliche ihn ausgesprochen, da er an ihren Fingern den goldenen Reifen gesteckt hatte. In verwirrter Bitte blickten ihre Augen Madeleine an — „Sprich nicht so zu mir — quäle mich nicht!“

„Doch in dieser stand der Wunsch, zu schonen, zurück vor dem starken Willen, in voller Klarheit zu erkennen, wie die Fäden des Schicksals, die hier das Verhängnis gesponnen. Und noch einmal fragte sie:

„Würde es Ihrem Gatten eine angenehme Besprechung bringen, wenn wir ihn besuchten?“

„Nein, o nein!“ Angelika ließ es nun voll erschrockener Hast hervor.

Und wieder achtete Madeleine nicht der Bein auf Angelikas Gesicht und fragte weiter:

„Ich sah ihn nie. Sie haben wohl kein Bild von ihm, das Sie mir zeigen könnten?“

Stumm nahm Angelika von einem Pfeilertischen eine große Photographie und reichte sie Madeleine.

Diese hatte sich erhoben. Dem vollen Lichte zugewandt stand sie und studierte jeden Zug des Bildes in ihrer Hand. Ein schöner Kopf, aber viele, aber die meisten wohl flegelhaft in seiner hellen, lächelnden Schönheit; und doch eines fehlte in diesem schönen, weichen Kopf, das jener anders in jeder Linie des markanten Gesichtes trug — Charakter.

„Ich sah bei meinem ersten Besuch von fern den älteren Bruder Ihres Gatten. Er scheint mir sehr unähnlich. Darf ich wohl einmal zum Vergleiche Ihres Schwagers Bild sehen?“

Verhegte Augen fixierten Madeleine an, die voll Ruhe, als sei ihr alles unbekannt, was über die Laftache von Oswalds schwerer Verletzung hinauslag, zu Angelika hinschaute.

„Ihre Lippen bestehn, und ersticken Tones hauchte sie: „Ich glaube — es ist von ihm kein Bild da.“

Ueber Madeleines Augen senkten sich die Wimpern sie legte die Photographie auf den Tisch zurück. Kein Bild von ihm, dem andern. In ganzen Hause nichts, das an ihn erinnerte, seinen Namen trug — im ganzen Hause wohl keiner, der noch seinen Namen nannte.

Und ihre Stimme sprach den Namen aus, „aut und klingend:

„Hartmut — ich glaube, so nannten Sie ihn damals — Hartmut Bravand, ist er dahinten?“

„Nein.“ Ein Ritzern des Mundes nur formte das Wort, kein Laut machte es hörbar.

Und lauter noch fragte Madeleine:

„Wo ist er?“

„Ich weiß es nicht!“ — Ein erstickter Ton und stehend gestaltete Hände — „sei nicht so grausam.“

Sie war es nicht weiter, hatte nichts weiter zu fragen. Ein paar ruhig gewechselte Reden noch, ein freundliches Trösten, das nicht aus unaufrechtigem Herzen kam, und Madeleine hatte sich verabschiedet.

Sie sah aufrecht im Automobil und blickte geradeaus auf die Wegscheide, auf das kleine Bauernhäuschen, das oberhalb dieser Scheide lag.

„Siehe, in dein Dunkel trete ich hinein und halte über dir meines Begehrens.“

„Woher hatte der Wandernde sich gewandt, der Heimatfremde, von dem keiner wußte?“

8. Kapitel.

Säbital, vom hebräischen Frühlingshimmel überspannt, von lauen Lüften umschmeichelt, die noch von Palmensäulen fernher träumen, von denen sie kommen. Säbital, am Anfang jenes Erdensäckchens, zu dem des Nordens Sehnsucht allezeit die Sonne gebreitet hat. — Säbital, Italien! Und dort, wo beide sich die Hände reichen, auf lichtbewaldeten Höhen, in einem See voll wunderbarer Klarheit sich spiegelnd — ein Schloß uralten Namens, das vielen Wandel erlebt hat, durch viele Hände gegangen ist, ehe seine romantische Schönheit durch jene Riesenletteren entwirrt wurde, die es jedem veränderten, der da vorüberzog, wie hier die sinkende Zeit ihre Ruinen getragen: „Schloß Yamalta — Pension und Kuranstalt.“

Kuranstalt. — Ein graues Geseß, das vor dem Torze horchte und dem vertraulich zunicke, der da kam und wiederlar alljährlich um die Winterscheide, mit hohen Wangen und leuchtendem Atem — ein Heim der Schwandsucht — Pension und Kuranstalt für Augenkrankte, Schloß Yamalta!

Wie er hierher verschlagen worden, der da in kraftvoller Mannesstärke seiner Pflichten waltete? Hartmut Bravand, wirtschaftlicher Leiter dieser Zuluftstätte für die Vermalten aller vom Leben Zurückgewickenen.

(Fortsetzung folgt.)



